



AUS DEM STADTRAT

Kommunalwahl 2019 - Ein Ausblick auf die neue Fraktion

Mit dem 26. Mai 2019 ging eine für die Fraktionsmitglieder besonders aufregende Zeit zu Ende. Wochenlang steckten die meisten im Wahlkampf und hatten somit neben ihrem ohnehin anspruchsvollen Ehrenamt als Stadträte noch den Auftrag an sich selbst, wiederholt die Gunst der Wähler für sich zu gewinnen. Neben den Fraktionsmitgliedern von DIE LINKE/future! kämpften noch 20 weitere Kandidaten für DIE LINKE um ein Mandat im Stadtrat unserer Hauptstadt. Nun ist der Wahltag vergangen und erste Ergebnis-

se geben einen Ausblick auf eine zukünftige Linksfraktion im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg. Wir zeigen die Gesichter, aus denen eine mögliche neue Fraktion der VII. Wahlperiode bestehen kann. Mit einer Wahlbeteiligung von 53,3% waren 2019 zumindest mehr Magdeburger an den Wahlurnen als noch 2014 (damals lag die Wahlbeteiligung bei nur 38,3%). Leider erzielte DIE LINKE lediglich 15,3% und somit nur 9 Mandate im neuen Stadtrat. Ein Verlust von 4 Mandaten und 7% im Vergleich zu 2014.

In dieser Ausgabe:

Aus dem Stadtrat im Mai	2
Geschwindigkeitsmessung mit Smiley am Klusdamm	2
PM: Straßenausbaubeiträge abschaffen!	3
Fraktionsarbeit in Bildern...	3

Allen Unterstützern sei herzlich gedankt!

Janine Schmidt
Fraktionsassistentin
(Fotos: Stadtverband
DIE LINKE Magdeburg)

Das endgültige Ergebnis gibt das Wahlamt erst am 4. Juni 2019 bekannt, daher sind eventuelle Änderungen vorbehalten.



Chris Scheunchen für den Wahlbereich 01
(Barleber See, Neustädter See, Rothensee)



Hans-Joachim Mewes für den Wahlbereich 02
(Neue Neustadt, Neustädter Feld)



René Hempel für den Wahlbereich 04
(Stadtfeld Ost)



Nadja Lösch für den Wahlbereich 05
(Altstadt, Alte Neustadt)



Karsten Köpp für den Wahlbereich 06
(Cracau/Werder, Herrenkrug, Prester/Pechau)



Oliver Müller für den Wahlbereich 07
(Sudenburg, Lemsdorf, Spielhagenstraße)



Jenny Schulz für den Wahlbereich 08
(Diesdorf, Stadtfeld West, Ottersleben)



Dennis Jannack für den Wahlbereich 09
(Buckau, Fermersleben, Westerhüsen)



Anke Jäger für den Wahlbereich 10
(Reform, Hopfengarten, Schilfbreite)

Aus dem Stadtrat im Mai - ständiges Thema: Kulturhauptstadtbewerbung und Kulturförderung

Am 16. Mai traf sich der Stadtrat wieder um Entscheidungen rund um die Stadt Magdeburg zu fällen. Die Fraktion DIE LINKE/future! stellte neun Neuanträge und acht Anfragen an den Stadtrat.

Der Antrag der Fraktion *Projektfonds des Kulturhauptstadtbewerbungsbüros* (A0034/19) wurde mit einer Änderung des durchzuführenden Zeitraumes von April aus Oktober 2019 beschlossen. Auch der Antrag *Novellierung der Fachförderrichtlinie KULTUR* (A0035/19) wurde nun beschlossen. Der Antrag *AEROSOL-ARENA* (A0049/19), ebenfalls eine Wiedervorlage aus Februar, erfuhr eine Änderung durch den Kulturausschuss. Die Arena soll nun gemeinsam mit den dem Nutzer konzeptionell weiterentwickelt werden. Der Antrag *Obdachlosigkeit in Magdeburg* (A0050/19) wurde nach Durchlaufen der Ausschüsse ebenfalls beschlossen. Ein gutes Zeichen, denn die Stadt wird sich nun intensiv dem Thema *Obdachlosigkeit in Magdeburg* widmen, sich mit den sozialen Trägern zusammensetzen, Daten und Fakten zusammenzustellen, in einen handlungsorientierten Austausch über Angebote und Lösungsansätze eintreten sowie Best Practice Beispiele anderer Kommunen auf ihre Anwendbarkeit für Magdeburg prüfen. Eine kurze, aber wenig emotionale Diskussion gab es zum Neuantrag *Ausrufung des Klimanotstandes* (A0109/19). Eine Mehrheit aus CDU und SPD beschloss die Überweisung in verschiedene Ausschüsse. DIE LINKE/future! wünschte, dass sich der Oberbürgermeister und die Verwaltung für die Einhaltung von Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels einsetzen.



Stadtrat Oliver Müller verteidigt während der Sitzung Anträge der Fraktion

zen. Dass dazu eine Überweisung und weitere Beratungen in anderen Gremien notwendig sein sollen, ist den Fraktionsmitgliedern schleierhaft. Nun bleibt zu hoffen, dass die Mehrheit des Rates nach gründlicher Überlegung letztlich zustimmen und das dann Beschlossene umsetzen wird.

Der mit der Fraktion der Grünen gemeinsam gestellte Antrag zur *Abschaffung der Pflicht zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen - Zustimmungserklärung für eine Novellierung von § 6 Kommunalabgabengesetz LSA (KAG LSA)* (A0130/19) wurde nach kurzer Diskussion beschlossen. (Siehe Meldung von Stadtrat Karsten Köpp dazu auf Seite 3.) *Geschwindigkeitsmessung mit Smiley am Klusdamm* (A0133/19) ging als interfraktioneller Antrag mit einem CDU-Fraktionsmitglied ungeändert durch. Ein Gewinn für die Anwohner in dem Bereich, denn auf Höhe der Zone 30 vor der Kita Prester wird nun eine Geschwindigkeitsanzeige mit Smiley in beide Verkehrsrichtungen dauerhaft installiert und somit hoffentlich die Verkehrssicherheit erhöhen.

Die restlichen Neuanträge der Fraktion (siehe Infospalte) wurden überwiesen.

Janine Schmidt
Fraktionsassistentin
(Foto: J. Schmidt)

Geschwindigkeitsmessung mit Smiley am Klusdamm

Erfreulicherweise fand der Antrag (A0133/19), den u.a. unsere Fraktion eingereicht hatte, in der Stadtratssitzung am 16. Mai 2019 eine deutliche Mehrheit im Stadtrat. Aus meiner Sicht ist die Entscheidung ein Teilerfolg für mehr Verkehrssicherheit auf dem Klusdamm. Mit dem Stadtratsbeschluss ist nun der Oberbürgermeister beauftragt, am Klusdamm, auf Höhe der Zone 30 vor der Kita Prester, eine

Geschwindigkeitsanzeige mit Smiley in beide Verkehrsrichtungen dauerhaft zu installieren. Die dafür notwendigen Aufwendungen sollen eruiert und im Entwurf des Haushaltsplanes 2020 veranschlagt werden. Der Oberbürgermeister ist darüber hinaus gebeten, an verschiedenen Stellen in der Straße Klusdamm regelmäßig Geschwindigkeitskontrollen durchführen zu lassen, mindestens eine Geschwindigkeitskontrolle im Monat.

Auf einen Blick

Zur Stadtratsberatung im Mai 2019 stellte die Fraktion folgende (Änderungs)Anträge:

- A0109/19 Ausrufung des Klimanotstandes -> in die Ausschüsse überwiesen
- A0124/19 Fahrradstellplätze für das Café Central -> in Ausschüsse überwiesen
- A0125/19 Ehrung des Künstlers Eberhard Rosse -> in Ausschüsse überwiesen
- A0130/19 Abschaffung der Pflicht zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen -> geändert beschlossen
- A0131/19 Seniorenbeirat - Rederecht in Ausschüssen und im Stadtrat -> in Ausschüsse überwiesen
- A0132/19 Magdeburger Lehrer- (aus)bildungskonferenz im Rathaus -> in Ausschüsse überwiesen
- A0133/19 Geschwindigkeitsmessung mit Smiley am Klusdamm -> beschlossen
- A0134/19 Beschmierte Fassade am Rademacher-Bad säubern -> in Ausschüsse überwiesen
- A0135/19 InfoTafeln für Carl Krayl - Siedlung am Schneidersgarten Park -> in Ausschüsse überwiesen

Folgende Anfragen stellte die Fraktion:

- F0137/19 Barrierefreie Pflasterung am Petriförder (Fischmarkt) und im Innenhof des Kulturzentrums Moritzhof
- F0145/19 Öffnung der Tunnelbaustelle für Radverkehr und Fußgänger
- F0147/19 Wasserstraßenkreuz Magdeburg und Schiffshebewerk Rothensee
- F0148/19 Neue Straßenbahnen für Magdeburg - wie weiter?
- F0150/19 Verbleib und mgl. Rückführung von Magdeburger Glaskunst
- F0152/19 Ehrenhain im Nordpark - 8. Mai Tag der Befreiung
- F0153/19 Werder I: Straßenquerungen mit abgesenkten Bordsteinen freihalten
- F0154/19 Werder II: Fehlende öffentliche Abfallbehälter

Die Geschwindigkeitsanzeige mit Smiley kann aus meiner Sicht einen starken Aufmerksamkeitswert schaffen und den fließenden Verkehr sensibilisiert. Regelmäßige Geschwindigkeitskontrollen können diesen Effekt noch verstärken.

Karsten Köpp
Stadtrat

Straßenausbaubeiträge abschaffen!

Nach einer spannenden Debatte führten Anträge der SPD sowie der LINKEN und Grünen am 16. Mai 2019 zum Beschluss: Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg appelliert an den Landtag von Sachsen-Anhalt, die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen. Daraus resultierende Einnahmeausfälle sollen durch zusätzliche Landeszuweisungen ausgeglichen werden. Die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen ist in den vergangenen Jahren auf stetig wachsende Kritik gestoßen. Von vielen Bürgerinnen und Bürgern wird die gegenwärtige Beitragsfinanzierung von Straßenausbaumaßnahmen als ungerecht empfunden. Nachdem Bayern im Juni 2018 die Straßenausbaubeiträge abgeschafft hat und andere Bundesländer (Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Thüringen) dieses Ziel verfolgen, ist das Thema auch hier in aller Munde.

So gibt es gegenwärtig eine Volksinitiative, die derzeit Unterschriften gegen die Straßenausbaubeiträge im Land sammelt. Die Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt hat dafür im November 2018 einen Gesetzentwurf (Drs. 7/3578) vorgelegt. Drei weitere Landtagsfraktionen sowie viele CDU-Gliederungen an der kommunalen Basis sprechen sich ebenfalls für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge aus. Sie haben aus meiner Sicht gute Gründe die Bürger entlasten zu wollen, denn die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen ist:

⇒ **ungerecht.** Der Straßenausbau kommt der Allgemeinheit zugute und muss zukünftig von der Allgemeinheit

finanziert werden.

⇒ **unwirtschaftlich,** wenn dafür ein erheblicher Teil der Beitragseinnahmen verausgabt werden muss. Auch wenn die Magdeburger Stadtverwaltung die Kosten nicht zu beziffern vermag, müssen nach Schätzungen des Landesverbandes Haus & Grund Sachsen-Anhalt e.V. dafür bis zu 50% der Einnahmen aufgewendet werden, die durch Straßenausbaubeiträge eingenommen werden.

⇒ **unakzeptabel,** wenn die Höhe der Beitragsforderung existentielle Probleme für Beitragspflichtige mit sich bringt. In Magdeburg musste nach Auskunft der Stadtverwaltung ein einzelner Beitragszahler die Rekordsumme von mehr als 18.000 Euro aufbringen. In der Landtagsdrucksache 7/3423 sowie in der Stellungnahme der Verwaltung (S0189/19) sind u.a. die Straßenausbaubeiträge aufgelistet, die die Landeshauptstadt Magdeburg zwischen 2011 und 2018 erhoben hat.

Die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen wird **für Betroffene unverständlich,** wenn zwischen Straßenausbau und Beitragserhebung eine erhebliche Zeit liegt und die Straße schon wieder beschädigt ist. So lagen in der Straße „Nachtweide“ zwischen dem Bauende und dem Jahr der Beitragserhebung ganze 12 Jahre, am Schellheimer Platz und in der Hans-Löscher-Straße waren es 9 Jahre.

Die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen **führt zu Unfrieden,** zahlreichen



Stadtrat Karsten Köpp verteidigt während der Stadtratssitzung im Mai vehement den Antrag

rechtlichen Auseinandersetzungen und zu einer Überlastung der Verwaltungsgerichte.

Betroffene im Land werden ungleich belastet. Je nach örtlicher Satzung kommt es darauf an, inwieweit das jeweilige Grundstück an der Baumaßnahme anliegt. Zudem fließen Kriterien wie Grundstücksgröße, Art der Grundstücksnutzung und Bebauungsgröße ebenfalls in die Höhe der jeweiligen Beitragsforderung ein. In sogenannten förmlichen Sanierungsgebieten dürfen keine Beiträge, sondern nur eine etwaige Bodenwerterhöhung abgeschöpft werden. Diese ungleichmäßige und auch wenig nachvollziehbare Kostenverteilung sorgt für viel Unmut.

Bei einem Rückblick wird Folgendes klar: Die Einführung von wiederkehrenden Beiträgen oder die Ergänzung des Kommunalabgabengesetzes um Billigkeitsmaßnahmen haben nicht die erhoffte Akzeptanzsteigerung und eine Stabilisierung des beitragsfinanzierten Systems mit sich gebracht. Die Straßenausbaubeiträge gehören abgeschafft! Die CDU und ihr Parteivorsitzender Stahlknecht sollten endlich die Zeichen der Zeit erkennen und ein schnelles Ende dieser Abgabe nicht länger im Landtag blockieren.

Karsten Köpp
Stadtrat
(Foto: J. Schmidt)

2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
alle Beträge in Euro							
960.147,80	813.583,36	500.817,20	1.308.896,16	1.031.896,13	500.756,63	1.231.814,38	1.678.793,85

Straßenausbaubeiträge, aufgelistet von 2011 bis 2018 (Tabelle erstellt von K. Köpp)

Termin vormerken!

JÓZEF PIŁSUDSKI zählt im heutigen Polen zu den bekanntesten Gestalten der Zeitgeschichte, überall ist er gegenwärtig. Sein legendärer Ruf beruht auf seiner Rolle, die er am Ende des Ersten Weltkriegs und in den ersten Nachkriegsjahren gespielt hatte, als Polen auf den Trümmern der einstigen Dreiteilung des Landes seine Staatlichkeit wiederherstellen konnte. Insgesamt wird er jedoch in der heutigen Wahrnehmung eher in einen Kontext gestellt, der ihn in die Nähe berühmtester Diktatoren der damaligen Zeit rückt.

Insofern lohnt der Blick zurück auf einen Mann, der 1917/18 in Magdeburger Festungshaft saß und immer noch zum Streit herausfordert.

Vortrag mit Diskussion

Moderation: Dennis Jannack (im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung) im Alten Rathaus, Kaiserin-Adelheid-Foyer

Um Anmeldung wird gebeten.

E-Mail: gabriele.henschke@rosalux.org
Telefon: 0391 25191475

JÓZEF PIŁSUDSKI
KRITIK UND WÜRDIGUNG
MIT DR. HOLGER POLITT
LEITER BÜRO WARSCHAU

18. Juni 2019
18:00 Uhr

Altes Rathaus
Alter Markt 6, 39104 Magdeburg

Fraktionsarbeit in Bildern...

Mit dem symbolischen Spatenstich am 15. Mai 2019 begann der lang ersehnte Ersatzneubau des Feuerwehrhauses der Freiwilligen Feuerwehr Prester. Nach dem Beschluss zum Neubau am 16. Juni 2016 durch den Stadtrat folgte im April 2019 der Abbruch des alten Gebäudes. 2020 soll der Ersatzneubau fertiggestellt sein. So lang nutzt die Freiwillige Feuerwehr Prester ersatzweise eine Halle auf einem Firmengelände gegenüber. Das wollten sich auch Wahlbe-



Die Stadträte Karsten Köpp und Oliver Müller freuen sich auf den Ersatzneubau des Feuerwehrhauses der Freiwilligen Feuerwehr Prester (Fotos: J. Schmidt)

reichsstadtrat Karsten Köpp und Stadtrat Oliver Müller einmal näher ansehen. Die neue Wehr bietet zukünftig nicht nur mehr Platz, sondern ermöglicht auch die Ausbildung des dringend benötigten Feuerwehrnachwuchses. Die Freiwillige Feu-

erwehr Prester umfasst aktuell 77 Feuerwehrleute, darunter einige Kinder und Jugendliche, die an die Arbeit der Feuerwehr herangeführt werden.

Janine Schmidt
Fraktionsassistentin

Herausgeber:

Fraktion DIE LINKE/future! im Stadtrat der LH Magdeburg

V.i.S.d.P.:

Oliver Müller, Fraktionsgeschäftsführer

Redaktion: Janine Schmidt, Fraktionsassistentin

Grafiken designed by pixabay

Für den Inhalt der Texte haften die jeweils genannten Autorinnen und Autoren.

Soweit personenbezogene Bezeichnungen im Feminin oder Maskulin stehen, wird diese Form aus Gründen der besseren Lesbarkeit verallgemeinert verwendet und bezieht sich auf beide Geschlechter.

Adresse:

Alter Markt 6

39104 Magdeburg

Tel: 0391/540 22 26

Fax: 0391/540 25 29

E-Mail: DIELIN-

KE.Fraktion@magdeburg.de

Internetseite:

www.dielinke-magdeburg.de/stadtratsfraktion

Fraktionstermine Juni 2019

11.06.2019, 17:00 Uhr

Fraktionsberatung im Rathaus, Raum 340

13.06.2019, 14:00 Uhr

Stadtratssitzung im Rathaus, Ratssaal

18.06.2019, 18:00 Uhr

Józef Piłsudski - Kritik und Würdigung
Vortrag mit Diskussion, Kaiserin-Adelheid-Foyer im Rathaus

Senden Sie uns eine E-Mail und wir schicken Ihnen unser Infoblatt im PDF-Format zu!



Stadtrat Oliver Müller vertrat die Fraktion bei IDAHOBIT. Dieser Aktionstag machte durch Aktionen, mediale Aufmerksamkeit und Lobbying auf die Diskriminierung und Bestrafung von Menschen aufmerksam, die in ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität von der Heteronormativität abweichen. DIE LINKE/future! steht für Toleranz und Akzeptanz in allen Lebensbereichen! (Foto: D. Brüning)

Zur Eröffnung der neuen Einrichtung des IB (Internationaler Bund), dem „Fuchsbau“ auf der Leipziger Straße (Am Fuchsberg 2), nutzten die Stadträte Dennis Jannack (Vertreter der Fraktion im Jugendhilfeausschuss) und Oliver Müller die Chance für einen ersten Blick in die neuen Räumlichkeiten, die endlich das Stadtgebiet Leipziger Straße mit vielen bunten Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit bereichern.



Dennis Jannack und Oliver Müller mit Ralf Hartmann (Mitte) vor dem Eingang der neuen Kinder- und Jugendeinrichtung „Fuchsbau“ (Foto: J. Schmidt)



Die Stadträte Oliver Müller und Dennis Jannack vor der neuen Kita der Stadt in der Hellestraße. Zur feierlichen Eröffnung am 24. Mai betonte OB Dr. Lutz Trümper noch einmal, dass die Stadt nun insgesamt 18 eigene Kitas neu gebaut hat. Vorerst wird die Einrichtung jedoch als „Übergangsunterschlupf“ für einige Einrichtungen dienen, die aktuell und in den kommenden Monaten saniert werden. (Foto: J. Schmidt)